

Haushaltsrede 2019

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

sehr geehrter Herr Herberger von den BNN,

werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

werte Bürgerinnen und Bürger,

noch knapp 1 Woche und dann feiern wir besinnliche und gesegnete Weihnachten. Vielleicht spüren Sie in diesen Tagen auch, wie schnelllebig unsere Zeit geworden ist. Gerade auch das abgelaufene Jahr 2018 ist für mich auf Grund seiner großen Herausforderungen wie im Fluge vergangen.

Traditionell verabschieden wir in dieser Zeit den Haushalt und in diesem Jahr bin ich besonders stolz darauf. Nicht nur weil wir Ihnen einen guten Haushalt zur Verabschiedung vorlegen können, weil die Zukunftsprognosen darin positiv sind, wir vieles gemeinsam im letzten Jahr erreicht haben, sondern besonders, weil wir heute mit dem ersten Haushalt nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht einen historischen Beschluss fassen werden. Es stecken einige Jahre Arbeit zur Vorbereitung in diesem Zahlenwerk. Zunächst in der konzeptionellen Vorbereitung dieses Projektes, der Bewertung von Vermögen und insgesamt die Neuorganisation, Schulung der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter, Schulung der Gemeinderäte und vieles andere mehr. Es ist unserem Kämmerer Roland Milani Dank seiner jahrzehntelangen Erfahrung und sehr guten Arbeit mit seinem Team trotz dieser großen Herausforderung gelungen, auch in diesem Jahr das Zahlenwerk pünktlich zur Entscheidung vorzulegen. Dafür gebührt Ihm und seinem Team ein ganz besonderer Dank!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Beginn der Haushaltsreden in den letzten beiden Jahren war stark von der Kritik an Land und Bund geprägt. Kurz zur Erinnerung: 500 Millionen € Vorwegabzug im– Finanzausgleich einseitig durch das Land Baden-Württemberg beschlossen, ein Jahr später Abbruch der Finanzverhandlungen zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Kommunalen Spitzenverbänden. Es gilt bis dato als ein einmaliges historisches Vorgehen in Baden-Württemberg, dass ohne Einigung mit den Kommunalen Spitzenverbänden ein Landeshaushalt verabschiedet wurde. Die Folge, entsprechende wirtschaftliche Auswirkungen für die Städte und Gemeinden sowie Landkreise in Baden-Württemberg. Darüber hinaus die immerwährende Kritik zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf allen politischen Ebenen.

Heute steht nicht die Kritik im Mittelpunkt, sondern der Dank!

Es hat sich gelohnt, immer wieder öffentlich und in verschiedenen Gremien darauf aufmerksam zu machen, dass unser förderalistisches Staatensystem davon abhängig ist, dass alle politische Ebenen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen und dies nicht nur kurz- und mittelfristig, sondern langfristig. Unser Ruf wurde erhört, die Rahmenbedingungen haben sich wesentlich verbessert und der konjunkturelle Aufschwung wird nun auch bei den kommunalen Haushalten deutlich spürbar, wenngleich ich wie jedes Jahr aber auch zur Vorsicht mahnen möchte, denn die ersten Fachleute sprechen schon von einer Eintrübung der Konjunktur und einem möglichen Rückgang der Steuereinnahmen.

Besonders mit Blick auf das neue Haushaltsrecht haben viele Kolleginnen und Kollegen mit erhobenem Zeigefinger darauf hingewiesen, dass damit möglicherweise auch unser Haushalt in eine Schieflage geraten könnte, was mir selbstverständlich große Sorge bereitet.

Nicht nur auf Grund der verbesserten Rahmenbedingungen, sondern auch durch unser langjähriges gemeinsames strategisches Arbeiten; insbesondere in der jährlichen Klausurtagung können wir heute auch bei einem Doppischen Haushalt nicht nur eine schwarze Null vorlegen,

sondern vielmehr nach Erwirtschaftung der Abschreibungen ein deutliches Plus in dem Zahlenwerk ausweisen. Es würde zu weit führen, wenn ich auf alle Einzelheiten eingehe, aber wesentlich hat der Finanzpakt zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Kommunalen Spitzenverbänden im Herbst dieses Jahres dazu geführt, dass durch eine erhöhte Zuweisung bei der Kinderbetreuung, der Förderung von Sanierungsmaßnahmen und selbstverständlich durch erhöhte Schlüsselzuweisungen sich auch bei den Städten und Gemeinden die Rahmenbedingungen gegenüber dem letzten Haushalt nochmals deutlich verbessert haben. Darüber hinaus wurden vom Bund und für die nächsten zwei Jahre die Übernahme nahezu sämtlicher Asylkosten zugesichert, so dass unter anderem auch deswegen der Landkreis in der Lage ist, seine Kreisumlage zu senken und sich dies wiederum sehr positiv auf die kommunalen Haushalte auswirkt. Aber wie gesagt, nicht nur die Rahmenbedingungen sind für ein solch positives Zahlenwerk verantwortlich, sondern ebenso die Akteure vor Ort. Ich darf deshalb in diesem Zusammenhang über das Abschlussgespräch mit der Gemeindeprüfungsanstalt in der letzten Woche berichten, die unsere Finanzen in dem Zeitraum 2012-2017 geprüft hat.

Insbesondere der Bericht der Prüfer zur finanziellen Lage der Gemeinde ist sehr positiv ausgefallen, weshalb ich mich an dieser Stelle bei den Damen und Herren des Gemeinderates für die sehr gute

Zusammenarbeit bedanken möchte. Uns ist es gelungen im Prüfungszeitraum mit insgesamt 15 Millionen € rund 3,5 Mio. € mehr als geplant und im Durchschnitt 2.5 Millionen € pro Jahr dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Die Steuern und Zuweisungen sind zum einen gestiegen und die Gemeinde Karlsdorf-Neuthard ist eine der wenigen Gemeinden, der es bei einem solchen Szenario auch gelungen ist, die Ausgaben zu senken und nicht der Versuchung zu unterliegen Strukturen aufzubauen, die bei Eintrübung der Konjunktur nicht gehalten werden könnten, so die Prüfer. Eine weitere wichtige Kennziffer ist die Nettoinvestitionsrate. Diese war mit 14.6 Millionen € in diesem Zeitraum hervorragend, wobei 77 % aus Eigenmitteln finanziert und lediglich 6 % durch Fremdkapital finanziert werden mussten. Die wesentliche Rolle spielen dabei der Anteil an der Einkommenssteuer und der Gewerbesteuer. Ein gesundes Wachstum sei auch für die Prüfer zu erkennen und die strategische Ausrichtung auf ein solches sowie eine starke Einkommenssteuer sowie eine 10-Jahres-Planung über den vorgeschriebenen Mittelfristigen Finanzplan hinaus seien sehr probate Instrumente für eine erfolgreiche Haushaltsstruktur.

In dem Prüfungszeitraum haben wir darüber hinaus drei Mal so viel investiert wie in dem Vorjahreszeitraum und dabei hat sich die allgemeine Rücklage nur leicht verringert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
der Blick in die Vergangenheit ist damit als positiv zu bewerten,
kommunalpolitisch reicht dies aber nicht aus, denn wir müssen die
Zukunft gestalten. Die Gemeinde steht nach wie vor vor großen
Herausforderungen und der Haushalt bildet das wesentliche finanzielle
Fundament für eine erfolgreiche Aufgabenerfüllung. Bei einem Interview
mit Kraichgau TV bin ich gestern gefragt worden, ob wir mit einer
erfolgreichen Bilanz von Projekten in den vergangenen Jahren nun fertig
seien. Dem entgegnete ich natürlich, dass eine Gemeinde niemals fertig
ist. Wir befinden uns in einem permanenten gesellschaftlichen Wandel.
Der Wähler beauftragt uns alle, den Gemeinderat und den Bürgermeister
immer wieder nur zeitlich befristet, die Geschicke der Gemeinde zu leiten
und zu gestalten. Die Gemeindeordnung definiert dabei in § 2 den
Wirkungskreis, nachdem wir in unserem Gebiet alle öffentlichen
Aufgaben allein und in eigener Verantwortung wahrnehmen, soweit die
Gesetze nichts Anderes bestimmen. Wir verpflichten uns uneigennützig,
zum Wohle der Allgemeinheit zu agieren und das Beste für die
Einwohnerinnen und Einwohner unserer Gemeinde im Rahmen unserer
finanziellen Leistungsfähigkeit zu erreichen. Allein aus dieser
Formulierung heraus wird der Spagat deutlich, welchem wir uns Jahr für
Jahr stellen müssen, nämlich in einem demokratischen Prozess
ausgewogen in gleicher Intensität die Interessen aller Einwohnerinnen

und Einwohner, unabhängig von Alter, Zielgruppe und politischer Einstellung abzuwägen. Mit Blick auf diesen Abwägungsprozess bekommt die Aussage des ehemaligen OB der Stadt Stuttgart Manfred Rommel eine besondere Bedeutung: „Der Spezialist will auf seinem Gebiet eine fehlerfreie Welt. Aber die Addition der Einzelmeinungen der Spezialisten ist keine Politik, jedenfalls keine gute und vernünftige.“

Es versteht sich eigentlich von selbst, dass mit Blick auf personelle und finanzielle Ressourcen hier auf Prioritäten gesetzt werden muss, die für die Öffentlichkeit nachvollziehbar und transparent sein müssen. Konkret geht es um die Gestaltung aller Aufgabenbereiche von Betreuungseinrichtungen, Senioren, Schule, Friedhöfe, die Erhaltung unserer Straßen, Wege und Plätze, Spielplätze, Vereine, Glasfaserausbau, Beleuchtung, Müllbeseitigung, Wasser- und Abwasser, Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Bibliothek, Musik- und Kunstschule und andere öffentliche Einrichtungen, Umweltschutz, ÖPNV, Verkehr, Ausweisung von Baugebieten und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Ärztliche Versorgung, Wirtschaftsförderung, Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen und vieles andere mehr.

Aus diesem großen Katalog versuchen wir Jahr für Jahr die wichtigsten Dinge herauszustellen und unsere personellen und finanziellen Ressourcen effektiv einzusetzen. Ich freue mich, dass wir in diesem Jahr

insbesondere mit dem Grundsatzbeschluss zur Wasserenthärtungsanlage für viele Menschen in unserer Gemeinde ein wichtiges Ziel erreicht haben. Darüber hinaus haben wir Einigkeit darüber erzielt, dass der Neubau einer Grundschule in Karlsdorf die wirtschaftlichste Lösung für unsere Gemeinde darstellt, die zweite Sporthalle nimmt sichtlich Gestalt an, wir haben die Zehntscheune mit außergewöhnlichem ehrenamtlichen Engagement gerettet, alternative Bestattungsformen können seit Herbst genutzt werden, das Gewerbegebiet Ochsenstall ist komplett mit Glasfaser versorgt, im Theresien-Kindergarten haben wir eine weitere Gruppe eröffnet, wir wurden als „Gründerfreundliche Kommune“ ausgezeichnet, mit dem Gerster-Areal gelingt uns nun die vierte Umwandlung eines innerörtlichen Gewerbegebietes zu Wohnzwecken, mit Schonung unserer Flächen im Außenbereich, wir haben eine Klimapartnerschaft mit unserer Partnergemeinde Guabiruba beschlossen, um nur einige Beispiele unserer Aufgabenerfüllung in diesem Jahr zu nennen. Zunehmend problematischer wird dabei jedoch die Einhaltung unseres Zeitplanes, was unterschiedliche Ursachen hat. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die konjunkturelle Entwicklung, die mit Blick auf die Steuereinnahmen nicht nur positive Seiten hat. Die Marktsituation hat sich dahingehend deutlich verschlechtert, dass die Preise enorm steigen, kaum noch Handwerker zu finden sind, und wir allein im letzten Jahr

beim Projekt der zweiten Sporthalle vier Mal gezwungen waren die Ausschreibung aufzuheben.

Das Gleiche ereilte uns bei der Kreuzung der Lußhardtstraße oder beim Bau des Wendehammers beim Karlsdorfer Industriepark. Mit Blick auf den bereits beschlossenen Ausbau der Bushaltestelle mit Querungshilfe in der Amalienstraße und dem Fußgängerüberweg bei der Kirche haben wir uns entschieden, gemeinsam mit dem Landkreis Karlsruhe ein Ausschreibungspaket zu schnüren, welches uns auf Grund der Größe und vor allem mit Blick auf das Zeitmanagement in die Lage versetzen sollte, auch hier ein wirtschaftliches Ergebnis am Markt zu erzielen, weshalb wir mit den Bauarbeiten nicht wie vorgesehen in diesem Jahr begonnen haben, sondern diese erst im nächsten Jahr durchführen werden, wenn der Landkreis auch seine Fahrbahndecke in der Gemeinde erneuert. Neben den konjunkturell bedingten Problemen sind auch die Verfahrensschritte deutlich länger geworden. Neben den Umweltprüfungen nimmt dabei auch die Bürgerbeteiligung einen breiten Raum ein. Dies ist grundsätzlich sehr positiv zu bewerten, wenn am Ende im Sinne und zum Wohl der Allgemeinheit nach Lösungen gesucht wird. Es freut mich außerordentlich, dass wir in diesem Jahr zwei sehr gut besuchte Bürgerversammlungen durchführen konnten, die thematisch sehr breit aufgestellt waren und wir dadurch mit verschiedenen Interessengruppen gleichzeitig diskutieren konnten, so

wie ich es eingangs bei der Aufgabenfülle dargestellt habe.

Selbstverständlich erreichen wir durch unsere Pressearbeit sehr viel und insbesondere durch die Präsenz in sozialen Netzwerken, was von dem Team und unserem Pressesprecher Thomas Huber sehr gut gestaltet wird. Das Ganze soll ab Februar durch das digitale Mitteilungsblatt ergänzt werden. Diese Informationen ersetzen jedoch nicht das persönliche Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern, welches wir auch im nächsten Jahr weiter intensivieren möchten. Projekte gibt es in ausreichender Zahl.

Wir hoffen, dass wir mit dem Neubau des Feuerwehrhauses zumindest planerisch beginnen können. Nachdem die Grundstücksverhandlungen sehr zäh waren, sehen wir mit der Beendigung des Bebauungsplanverfahrens und des Umlegungsverfahrens im Juni nächsten Jahres Licht im Tunnel, sodass wir parallel mit einem Auswahlverfahren zur Findung des Architekten beginnen können.

Bei der Schule hatte ich erwähnt, dass wir uns im Grundsatz für einen Neubau der Grundschule entschieden haben. Derzeit verhandeln wir noch mit dem Land Baden-Württemberg über ein sogenanntes Aufhebungsverfahren für gebundene Fördermittel, welches uns in die Lage versetzen soll, dass wir auch für einen Neubau, der lt. Kostenschätzung mit rd. 7,6 Millionen deutlich günstiger wäre, als eine

Sanierung mit 9,8 Millionen €, Fördergelder in Höhe von rd. 30% erhalten.

Inwieweit wir eine weiterführende Schule in Karlsdorf-Neuthard sicherstellen können, wird die regionale Schulentwicklung im nächsten Jahr zeigen. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine weitere Realschule in der Region für die Kinder sinnvoll sein kann, nicht nur, weil die Kinderzahlen in Karlsdorf-Neuthard steigen, sondern weil in der gesamten Region die Kinderzahlen steigen und wir Kapazitätsengpässe bei den weiterführenden Schulen in Bruchsal befürchten. Außerdem sind wir der Auffassung, dass eine Realschule in unserer Gemeinde auch inhaltlich eine starke Ergänzung der regionalen Schullandschaft sein kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich hoffe, dass wir für die Sanierung der Rathäuser im ersten Halbjahr 2019 einen Weg aufzeigen können, der auch ohne Beteiligung der Sparkasse zeitnah und wirtschaftlich umgesetzt werden kann.

Auch der Spatenstich für die Erweiterung des Pflegeheimes mit betreutem Wohnen hat sich leider etwas verzögert, da uns auch hier, wie

bereits eingangs erwähnt, Verfahrensschritte länger gefordert haben als wir es zunächst eingeplant hatten. In den nächsten Monaten können wir mit einem Baubeginn rechnen, sodass wir mit der dringend notwendigen Erweiterung für die Menschen in unserer Gemeinde ein zukunftsfähiges Angebot machen können.

Mit dem Thema bezahlbaren Wohnraum beschäftigen wir uns ebenfalls schon längere Zeit. Dabei scheitert es nicht an dem Willen im Gemeinderat und in der Verwaltung, sondern an der Frage, wie wir dies lösen können. Es ist kein Geheimnis, dass es auf Grund der rechtlichen Vorgaben und der konjunkturellen Situation nahezu unmöglich ist für eine Gemeinde ein Gebäude zu errichten, welches wir dann mit einem so günstigen Mietzins zur Verfügung stellen können, der dem Begriff bezahlbarer Wohnraum entspricht. Auch hier zeigen sich nach monatelangen Überlegungen Lösungsmöglichkeiten auf, die uns hoffentlich in die Lage versetzen werden, im nächsten Jahr den Menschen ein adäquates Angebot unterbreiten zu können.

Beim Glasfaserausbau werden wir den Schwerpunkt auf den POP - Anschluss in Neuthard legen sowie den Anschluss der öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde und den Anschluss des Gewerbegebietes Tiergarten Nord. Darüber hinaus versuchen wir selbstverständlich im Rahmen unserer Möglichkeiten über verschiedene Kanäle darauf hinzuwirken, dass sich mittelfristig die politischen Rahmenbedingungen

so verändern, dass jedes Haus mit einem Glasfaseranschluss versorgt werden kann.

Darüber hinaus werden wir uns sehr intensiv mit den Ergebnissen der Schadensbewertung für die Straßen und Gehwege, der hydraulischen Netzberechnung für die Wasserleitungen und des Abwassernetzes beschäftigen, damit wir in Einklang mit dem Konzept für die Straßenbeleuchtung und den Glasfaserausbau priorisiert jährlich ab 2020 rund 600.000 € in die Sanierung der Straßen und Gehweg investieren können. 2019 sind es 300.000 €.

Wenn es uns bei all unseren Aktivitäten noch gelingt, die Gemeinde mit dem European – Energy – Award zertifizieren zu lassen, dann zeigen wir gleichzeitig auf, dass unser Handeln auf kommunaler Ebene durchweg ökologisch geprägt ist.

Im Einzelnen ließen sich die Projekte noch detaillierter und ausführlicher darstellen, was aber den heutigen Zeitrahmen sprengen würde. Zum Schluss möchte ich nur noch mit wenigen Worten auf das neue Haushaltsrecht eingehen.

Grundgedanke ist, dass der Ressourcenverbrauch im Haushalt

generationengerecht dargestellt und vor allen Dingen auch erwirtschaftet wird.

D.h., durch die Erwirtschaftung der Abschreibungen soll jede Generation für den Ressourcenverbrauch aufkommen, den sie selber für sich in Anspruch nimmt und damit nicht zukünftige Generationen belastet.

Dass uns dies gelingt, zeigen einige wenige Kennzahlen auf. Der Ergebnishaushalt erreicht ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 786.800.00 €. Der mit dem Vorjahr vergleichbare Zahlungsmittelüberschuss (entspricht der alten Zuführung an den Vermögenshaushalt) beträgt 2.35 Millionen € und übertrifft damit das Vorjahresergebnis um 410.000 €.

Darüber hinaus gelingt es uns auch mittelfristig ohne Darlehnsaufnahmen auszukommen und unsere 10-Jahresplanung zeigt auf, dass wir zu jedem Zeitpunkt die Mindestliquidität erreichen und darüber hinaus sogar noch weitere liquide Mittel erwirtschaften können. Allein die Kennzahlen zeigen die Zukunftsfähigkeit dieses Zahlenwerks.

Sofern wir es schaffen, eine Realschule in unserer Gemeinde zu realisieren, müsste dies in den Zahlen noch dargestellt werden, aber auch dafür sehen wir ausreichendes Potential, genauso wie für die weitere Aufgabenerfüllung in unserer mittelfristigen Finanzplanung z.B. die Sanierung der Schulschwimmbäder und der Schulsporthallen, um

nur zwei Beispiele zu nennen. Grundvoraussetzung ist und bleibt jedoch ein vorsichtiges Finanzgebahren, so wie es uns die GPA für die vergangenen Jahre bescheinigt hat.

Im Übrigen möchte ich nun auf die Vorlage und das ihnen zur Verfügung gestellte Zahlenwerk verweisen. Im Mitteilungsblatt wird das Zahlenwerk als Bestandteil meiner Rede jedoch noch detailliert dargestellt werden.

Abschließend darf ich mich bei Ihnen allen für die konstruktiv kritische Zusammenarbeit im letzten Jahr bedanken. Ich wünsche Ihnen einen fairen und erfolgreichen Kommunalwahlkampf.

Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich an dieser Stelle ebenso für die loyale, engagierte und sehr kompetente Arbeit danken, ebenso allen Ehrenamtlichen, die sich zum Wohle der der Gemeinde eingesetzt haben.

Ihnen allen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

NUR IM Mitteilungsblatt

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

damit möchte ich mit meinen allgemeineinen Ausführungen zum Ende kommen und mich noch kurz den einzelnen Zahlen widmen:

Ergebnishaushalt:

Im nunmehr vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2019 wird vom Ergebnishaushalt mit einer Summe von 25.426.200 € ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 786.800 € erwirtschaftet. Der mit dem Vorjahr vergleichbare Zahlungsmittelüberschuss (= Zuführung an den Vermögenshaushalt) beträgt 2.350.000 € und übertrifft damit das Vorjahresergebnis um 419.200 €.

Auf der Einnahmeseite verbessern sich insbesondere der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 429.200 € und die Schlüsselzuweisungen um 626.800 €. Der Ansatz für die Gewerbesteuer wurde mit 3,4 Millionen € um 200.000 € gegenüber dem Vorjahreswert erhöht.

Die Einnahmen aus Gebühren ändern sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig, da für das kommende Jahr **keine** Gebührenanpassungen vorgesehen sind.

Hervorzuheben sind auch die Verbesserungen bei den Zuweisungen des Landes für unsere Kindergärten. Hier konnten die Kommunalverbände in Verhandlungen mit dem Land erreichen, dass nunmehr auch die Zuschüsse für den Ü3 Bereich in den kommenden 3 Jahren schrittweise nahezu verdoppelt werden. Für das Haushaltsjahr 2019 rechnen wir mit Mehreinnahmen in Höhe von 287.800 €.

Auf der Ausgabenseite sind ebenfalls nur wenige wesentliche Änderungen gegenüber 2018 zu nennen.

Der Ansatz für Zuschüsse an die Kindergärten erhöht sich um 216.800 €.

Die Finanzausgleichsumlage an das Land erhöht sich entsprechend den verbesserten Einnahmen im Rechnungsjahr 2017 um 126.000 €; die Kreisumlage würde sich um 94.100 € vermindern, wenn die in Rede stehende Absenkung des Hebesatzes um 2 Punkte auf 30 % durch den Kreistag beschlossen wird.

Die Personalkosten belaufen sich im Haushaltsjahr auf 4.674.900 €, das sind 19 % des Ergebnishaushalts. Den veranschlagten Personalaufwendungen wurde eine Tarifsteigerung bei den Beschäftigten in Höhe von 2,32 % und bei den Beamten eine Erhöhung in Höhe von 2 % zugrunde gelegt. Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich der Aufwand um 132.300 € oder 2,91 %.

Zur Finanzierung des Haushaltes 2019 wird keine Darlehensaufnahme notwendig werden, so dass der Schuldenstand auf voraussichtlich 236,02 € je Einwohner zum Ende des Jahres 2019 sinken würde. Die durchschnittliche Verschuldung der Gemeinden von 10.000 bis 20.000 Einwohnern in Baden-Württemberg betrug zum 31.12.2016 371 €/Einwohner.

Zusammen mit den beiden Eigenbetrieben Wasserversorgung und Kommunaler Wohnungsbau betrug die Pro-Kopf Verschuldung 655 €; im Landesdurchschnitt beträgt dieser Wert 1.102 €.

An Grundstücksverkäufen wurden 321.600 € veranschlagt.

Zum Ausgleich des Finanzhaushalts werden noch Zuschüsse des Bundes und des Landes in Höhe von 234.800 € eingeplant.

Vorgesehene Investitionen in 2019:

Maßnahme	Einzahlungen	Auszahlungen
Rathäuser Erw. bew. Einr.		43.600 €
Rathaus OTK San. 1. Rate (Gesamt 2 Mio. €)		0 €
Brandschutz Erw, bew. Einr.	109.000 €	53.500 €
Neubau Feuerwehrhaus (Gesamt 4,5 Mio.€)		200.000 €
Sebastianschule		35.800 €
Schönbornschule (Neubau gesamt 7,8 Mio. €)	0 €	240.400 €
Zehntscheuer		100.000 €
Kindergärten		140.700 €
Altenbürg Halle		32.400 €
2. Sporthalle		375.000 €
Leichtathletikstadion - Laufbahn	30.000 €	196.000 €
Biotope/Spielplätze		40.000 €
SSP Programm OTN	25.800 €	43.000 €
Kreuzung Lußhardtstr.I		235.100 €
Kehrmaschine		161.000 €
Abwasserbeseitigung		90.000 €
Abwasseranschluss Sieben- Erlen-See	70.000 €	348.700 €
Abwasserverband Kammerforst	289.400 €	475.700 €
Geräte Fahrzeuge Bauhof		42.500 €
Fahrgastunterstände		65.000 €
S-Bahn Germersheim		11.500 €
Erhöhung Stammkapital EB- Wohnbau		73.300 €
Grundstücksmanagement	321.600 €	25.000 €

Eigenbetrieb Wasserversorgung:

Der Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Wasserversorgung weist einen Jahresgewinn in Höhe von 43.800 € aus.

Für das Wirtschaftsjahr 2018 wird ebenfalls mit einem Gewinn in Höhe von 77.100 € gerechnet. Aus heutiger Sicht kann daher für das Wirtschaftsjahr 2019 auf eine Gebührenerhöhung verzichtet werden.

Im Vermögensplan wurden auf der Ausgabenseite eine 1. Rate in Höhe von 1.000.000 € für den Bau der Wasserenthärtungsanlage (Gesamtkosten: 2.600.000 €), 131.200 € für neue Brunnenpumpen, 44.900 € für die Aufdimensionierung der Netzpumpen, 61.500 € für die Erschließung des Gewerbegebietes Tiergarten-Nord-Erweiterung, 16.000 € für die Betriebs- und Geschäftsausstattung und 10.000 € für neue Wasserhausanschlüsse veranschlagt.

Finanziert werden sollen die Maßnahmen durch eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.231.400 €. Zum Ende des Wirtschaftsjahres würde sich der Schuldenstand von 264 € auf 361 € je Einwohner erhöhen.

Eigenbetrieb Kommunalen Wohnungsbau:

Der Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Kommunalen Wohnungsbau weist einen Verlust in Höhe von 145.500 € aus.

Größter Ausgabeposten sind neben den Zinsaufwendungen mit 58.800 € die Unterhaltung der Gebäude in Höhe von 170.400 €.

Die Mieten wurden zum 01.07.2017 bzw. zum 01.04.2018 letztmals allgemein angehoben.

Der Vermögensplan sieht für das Jahr 2019 verschiedene Investitionen in Höhe von 27.100 € vor. Für die Investitionen sind Darlehen in gleicher Höhe eingeplant.

Planmäßige Tilgungen von Darlehen sind in Höhe von 143.400 € berücksichtigt.

Zur Finanzierung stehen Abschreibungen in Höhe von 70.100 € zur Verfügung.

Unter dem Strich fehlen weitere Finanzierungsmittel in Höhe von 218.800 €, die zum einen als Ausgleich für den Jahresverlust 2019 (145.500 €) von der Gemeinde und zum anderen in Höhe von 73.300 € als Zuführung an die Rücklage eingeplant wurden.

Der Schuldenstand wird sich voraussichtlich von 129 € auf 118 € je Einwohner vermindern.